

Antrag auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis

gemäß

- | | | |
|---|--|---|
| <input type="checkbox"/> § 9 Abs. 2 AufenthG | <input type="checkbox"/> § 18c Abs. 1 AufenthG (für Fachkräfte) | <input type="checkbox"/> § 21 Abs. 4 AufenthG |
| <input type="checkbox"/> § 9a Abs. 2 AufenthG | <input type="checkbox"/> § 18c Abs. 2 S.1 AufenthG (nach 33 Monaten) | <input type="checkbox"/> § 23 Abs. 2 AufenthG |
| <input type="checkbox"/> § 28 Abs. 2 AufenthG | <input type="checkbox"/> § 18c Abs. 2 S.3 AufenthG (nach 21 Monaten) | <input type="checkbox"/> § 26 Abs. 3 AufenthG |
| | <input type="checkbox"/> § 18c Abs. 3 AufenthG (Hochqualifizierte) | <input type="checkbox"/> § 26 Abs. 4 AufenthG |

Stadtverwaltung Rheinfelden (Baden)
 Amt für öffentl. Ordnung / Ausländerbehörde
 Kirchplatz 2
 79618 Rheinfelden (Baden)

Hinweise zur Datenerhebung:

Die mit der Ausführung des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) betrauten Behörden dürfen zum Zwecke der Ausführung dieses Gesetzes und ausländerrechtlicher Bestimmungen in anderen Gesetzen personenbezogene Daten erheben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach dem AufenthG und nach ausländerrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen erforderlich ist. Daten im Sinne des § 3 Bundesdatenschutzgesetz sowie entsprechender Vorschriften der Datenschutzgesetze der Länder dürfen erhoben werden, soweit dies im Einzelfall zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist (§ 86 AufenthG).

Die im Antrag verlangten Angaben beruhen auf dem Aufenthaltsgesetz. Wegen der Vielzahl der Bestimmungen können die im Einzelfall geltenden Rechtsgrundlagen bei der Ausländerbehörde gerne erfragt werden.

Die Ausländerbehörde benötigt die gekennzeichneten Unterlagen, damit über den Antrag entschieden werden kann

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Wohnraumbescheinigung | <input type="checkbox"/> gültiger Reisepass |
| <input type="checkbox"/> Mietvertrag | <input type="checkbox"/> 1 aktuelles biometrisches Passbild |
| <input type="checkbox"/> Arbeitgeberbescheinigung | <input type="checkbox"/> Nachweis Unterhaltszahlungen |
| <input type="checkbox"/> Lohn/Gehaltsabrechnungen der letzten 3 Monate | <input type="checkbox"/> bei Selbstständigkeit Einkommensteuerbescheid vom Finanzamt |
| <input type="checkbox"/> Sprachzertifikat | <input type="checkbox"/> Nachweis Wohneigentum und bei Finanzierung, Nachweis über Höhe der monatl. Belastung |
| <input type="checkbox"/> A2 <input type="checkbox"/> B1 | |
| <input type="checkbox"/> aktueller Rentenversicherungsverlauf (Rentenkasse Lörrach 07621/4225610) | |

1. Antragsteller/in

Familienname		ggf. Geburtsname		Vorname	
Geschlecht <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich		Geburtsort		Geburtsdatum	
Familienstand <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> in eingetragener Lebenspartnerschaft <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> getrennt lebend		Körpergröße cm		Augenfarbe	
Straße		Hausnummer		PLZ	
Telefon		Wohnort		seit	
E-Mail					

2. Pass/Passersatz

Art des Ausweisdokuments		Passnummer	
Ausstellungsdatum	Ablauf/Gültigkeit	Ausstellungsbehörde	

3. Derzeitiger Aufenthaltstitel

Aufenthaltsurlaubnis gemäß §	
seit	gültig bis

4. Wohnraum der Familie

Wohnfläche _____ m² für _____ Personen Wohnraumbescheinigung liegt bei.

5. Lebensunterhalt

Aus welchen Mitteln bestreiten Sie Ihren Lebensunterhalt

Einkommen aus eigener Erwerbstätigkeit
bei/als _____

Unterhalt durch Ehegatten

Monatlicher Netto-Verdienst: _____ Euro monatlich

Ich habe Unterhaltungspflichten gegenüber anderen Personen

nein ja, gegenüber folgenden Personen:

Familienname, Vorname	Geburtsdatum
PLZ, Ort, Straße	

6. Rentenversicherung

- Ich habe mindestens 60 Monate Pflichtbeiträge zur Rentenversicherung geleistet (Nachweis liegt bei).
- Ich habe mindestens 60 Monate freiwillige Beiträge zur Rentenversicherung geleistet (Nachweis liegt bei).
- Die Rentenversicherung ist über meinen Ehegatten gesichert (Nachweis liegt bei).

Ich bin Inhaber der Blauen Karte EU, verfüge über

- einfache Kenntnisse der deutschen Sprache und habe mindestens 33 Monate eine hochqualifizierte Beschäftigung ausgeübt
- deutsche Sprachkenntnisse der Stufe B1 und habe mindestens 21 Monate eine hochqualifizierte Beschäftigung ausgeübt

und habe für diesen Zeitraum

- Pflichtbeiträge
- freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung geleistet oder vergleichbare

Nachweis liegt bei.

7. Integration

Verfügen Sie über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache und Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse der Bundesrepublik Deutschland?

- ja, Zeugnis über Integrationskurs liegt bei.
- ja, da in Deutschland Schulbesuch bzw. Ausbildung.
- Ich habe wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung keine deutsche Sprachkenntnisse (ärztliche Attest von einem Facharzt liegen bei).

8. Rechtsverstöße

Wurden Sie wegen Rechtsverstößen verurteilt?

- nein ja, in Deutschland im Ausland

Datum	Gericht
Grund	Art und Höhe der Strafe

Wird gegen Sie wegen des Verdachts einer Straftat ermittelt?

- nein ja, in Deutschland im Ausland

Grund / ermittelnde Behörde

Beabsichtigen Sie sich in der Bundesrepublik politisch zu betätigen?

- nein ja, Art und Umfang _____

Haben Sie sich in Ihrem Heimatland politisch betätigt?

- nein ja, Art und Umfang _____

Ich beantrage die Erteilung der Niederlassungserlaubnis.

Ich versichere, vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen und vollständig gemacht zu haben.

Wichtige Hinweise nach § 54 Abs. 2 und § 82 Abs. 6 Aufenthaltsgesetz

Ich wurde darauf hingewiesen, dass

- ich nach § 54 Abs. 2 Nr. 8 AufenthG ausgewiesen werden kann, wenn ich in einem Verwaltungsverfahren, das von Behörden eines Schengen-Staates durchgeführt wurde, im In- oder Ausland
 - a) falsche oder unvollständige Angaben zur Erlangung eines deutschen Aufenthaltstitels, eines Schengen-Visums, eines Flughafentransitvisums, eines Passersatzes, der Zulassung einer Ausnahme von der Passpflicht oder der Aussetzung der Abschiebung gemacht habe oder
 - b) trotz bestehender Rechtspflicht nicht an Maßnahmen der für die Durchführung dieses Gesetzes oder des Schengener Durchführungsübereinkommens zuständigen Behörden mitgewirkt habe, soweit ich zuvor auf die Rechtsfolgen solcher Handlungen hingewiesen wurde.
- ich, wenn ich im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis nach Kapitel 2 Abschnitt 3 oder 4 AufenthG bin, verpflichtet bin, der zuständigen Ausländerbehörde innerhalb von zwei Wochen ab Kenntnis mitzuteilen, dass die Ausbildung oder die Erwerbstätigkeit, für die der Aufenthaltstitel erteilt wurde, vorzeitig beendet wurde (§ 82 Abs. 6 AufenthG)
- nach § 95 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft wird, wer unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen einen Aufenthaltstitel oder eine Duldung zu beschaffen oder das Erlöschen oder die nachträgliche Beschränkung des Aufenthaltstitels oder der Duldung abzuwenden oder eine so beschaffte Urkunde wissentlich im Rechtsverkehr gebraucht. Das Ausweisungsinteresse wiegt nach § 54 Abs. 2 Nr. 9 AufenthG im Sinne von § 53 Absatz 1 AufenthG schwer, wenn ich einen nicht nur vereinzelt oder geringfügigen Verstoß gegen Rechtsvorschriften oder gerichtliche oder behördliche Entscheidungen oder Verfügungen begangen oder außerhalb des Bundesgebiets eine Handlung begangen habe, die im Bundesgebiet als vorsätzliche schwere Straftat anzusehen ist.
- ich meine Belange und für mich günstige Umstände, soweit sie nicht offenkundig oder bekannt sind, unter Angabe nachprüfbarer Umstände unverzüglich geltend zu machen habe und die erforderlichen Nachweise über meine persönlichen Verhältnisse, sonstige erforderliche Bescheinigungen, Erlaubnisse sowie sonstige erforderliche Nachweise unverzüglich beizubringen habe. Nach Ablauf der dafür von der Ausländerbehörde gesetzten Frist geltend gemachte Umstände und beigebrachte Nachweise können unberücksichtigt bleiben.
- für die Bearbeitung des vorstehenden Antrags grundsätzlich eine Bearbeitungsgebühr erhoben wird, die auch im Falle der Rücknahme des Antrags oder der Versagung der beantragten Amtshandlung nicht wieder zurückgezahlt wird.

- Ich bestätige, dass ich die Hinweise bzw. die Belehrung zum Datenschutz gemäß Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) zur Kenntnis genommen habe.

Ort, Datum	Eigenhändige Unterschrift
------------	---------------------------